NIEDERSCHRIFT

der ordentlichen und öffentlichen Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Göllersdorf
am 27.09.2017.

Ort der Sitzung: Sitzungssaal des Rathauses Göllersdorf

Beginn: 19.30 Uhr Ende: 20.50 Uhr

Die Einladung erfolgte am 21.09.2017 per E-Mail.

Anwesende: Bgm. Josef Reinwein, Vorsitzender,
VBgm. Annemarie Bauer,
GfGR Michael Deninger, GfGR Ing. Martin Klampfer,
GfGR Herbert Poisinger, GfGR Martin Schirnböck,
GR Josef Brandl, GR Herbert Ebner,
GR Michael Engelberger, GR Wolfgang Heindl,
GR Stefan Hinterberger, GR Christine Holzer,
GR Martin Holzer, GR Martina Kühner,
GR Franz Mattes, GR Brigitta Pfeifer,
GR Michael Raab, GR Franz Rothmayer,
GR Thomas Sobetzky, GR Ernst Suttner

Protokollführer: VB Leopold Maurer

Entschuldigt: GR Isabella Raberger

Die Sitzung ist beschlussfähig.

Der Vorsitzende stellt wegen Dringlichkeit den Antrag um Aufnahme eines weiteren Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung, und zwar:

-) KG. Porrau – Grundbücherliche Durchführung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz

Nach Erläuterung desselben wird die Aufnahme vom Gemeinderat einstimmig genehmigt und als Tagesordnungspunkt TOP 22 der Tagesordnung der öffentlichen Gemeinderatssitzung angereiht.

Tagesordnung:

1.) Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift der Gemeindevorstandssitzung vom 22.06.2017:

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 22.06.2017 keine Einwände erhoben wurden.
Das Sitzungsprotokoll gilt daher als genehmigt.

2.) Aufbahnhalle Göllersdorf – Restaurierung Reliefplatte:

Für die Restaurierung und Montage der Reliefplatte in der Aufbahnhalle in Göllersdorf liegt die Rechnung von Herrn Fischer aus Großstelzendorf vor, welche sich auf €4.620,00 beläuft.

VA-Stelle: 5/817-0100 VA-Betrag: € 0,00 frei: € 0,00

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge vorstehende Arbeiten nachträglich genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Da im Voranschlag für das Haushaltsjahr 2017 keine Bedeckung gegeben ist, wird diese im Zuge der Erstellung des Nachtragsvoranschlages geschaffen.

3.) ABA Wischathal – BA17 Zusatzfinanzierung – Darlehensaufnahme:

Zur Zusatzfinanzierung des AOH Vorhabens „ABA Wischathal – BA 17“ ist es notwendig, ein Darlehen aufzunehmen.

Darlehensvolumen:	€ 331.300,00
Laufzeit:	25 Jahre
Tilgung/Rückzahlung:	jeweils zum 01.06. und 01.12., beginnend am 01.06.2018
Verzinsungsart:	kontokorrent, auf Basis kalendermäßig/360 Zinstage halbjährlich dekursiv
Zinsanpassungstermine:	halbjährlich per 01.06 und 01.12. auf Basis des zwei Bankarbeitstage zuvor festgelegten Wertes
Sonstiges:	außerordentliche Tilgung muss gewährleistet sein

Auf Grund der durchgeführten Ausschreibung haben nachstehende Kreditinstitute Angebote abgegeben: Raiffeisenbank Hollabrunn, Erste Bank, Hypo NOE Gruppe

Die Prüfung der Angebote ergibt:

Raiffeisenbank Hollabrunn: 6-Monats-Euribor + 0,78 % Aufschlag

Erste Bank: 6-Monats-Euribor + 0,82 % Aufschlag
Fixe Zinsgestaltung: Fixzinssatz für 5 Jahre: Basis 16.08. - 1,00 %
Fixzinssatz für 10 Jahre: Basis 16.08. - 1,72 %

Hypo NOE Gruppe Bank AG: 6-Monats-Euribor + 0,72 % Aufschlag
Fixe Zinsgestaltung: Fixzinssatz für 5 Jahre: Basis 16.08. - 0,949 %
Fixzinssatz für 10 Jahre: Basis 16.08. - 1,587 %

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die Darlehensaufnahme für die Zusatzfinanzierung des AO Vorhabens „ABA Wischathal – BA 17“ in der Höhe von €331.300,00, variable Zinsgestaltung, 6-Monats-Euribor, beim Best- und Billigstbieter – Hypo NOE Gruppe - beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4.) **Hochwasserrückhaltemaßnahmen Porrau – Grundsatzbeschluss:**

Für die Hochwasserrückhaltemaßnahmen in Porrau im Bereich des bestehenden Rückhaltebeckens werden die Grundstücksteile der Parzellen Nr. 1230, 1231 und 1232, alle KG. Porrau, in Anspruch genommen, welche sich im Besitz von Herrn Hermann Riedl bzw. Herrn Johannes Riedl befinden.

Es wurde eine Vereinbarung mit den betroffenen Grundeigentümern abgeschlossen, wonach die beanspruchten Flächen im Verhältnis 1 : 3 mit den Grundstücken Parzellen Nr. 1302/2, 1303 und 1312, alle KG. Porrau, getauscht werden.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den Grundsatzbeschluss über den erforderlichen Grundtausch zur Realisierung des Vorhabens „Hochwasserschutz Porrau“ fassen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5.) **Rettungsdienstvertrag:**

Gemäß § 3 NÖ. Rettungsdienstgesetz 2017 haben Gemeinden den regionalen Rettungs- und Krankentransportdienst für ihr Gemeindegebiet zu gewährleisten sowie dafür geeignete Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Sofern dies nicht selbst erfolgt, muss die Gewährleistung durch Abschluss eines Vertrages mit einer anerkannten Rettungsorganisation erfolgen. Derartige Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung durch die Landesregierung. Bestehende Verträge müssen bis zum 31.12.2017 an dieses Gesetz angepasst werden.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Vertrag über die Besorgung des regionalen Rettungs- und Krankentransportdienstes mit dem Österreichischen Roten Kreuz genehmigen. Weiters möge der Gemeinderat beschließen, dass der an die Bezirksstelle Hollabrunn des Österreichischen Roten Kreuzes zu entrichtende Rettungsdienstbeitrag weiterhin bei den Ertragsanteilen einbehalten werden soll.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6.) KG. Obergrub – Verpachtung Gemeindegrundstück:

Seitens der Marktgemeinde Göllersdorf wurden in der KG Obergrub die Grundstücke Parzellen Nr. 425/2, 425/3 und 426/4 angekauft, welche teilweise für die Errichtung des Hochwasserrückhaltebeckens in Anspruch genommen werden.

Die restlichen Teilflächen im Ausmaß von ca. 4.500 m² sollen verpachtet werden und hat sich bereits ein Interessent gemeldet.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge der Verpachtung der Restfläche der für das Rückhaltebecken nicht beanspruchten Flächen im Ausmaß von ca. 4.500 m² zustimmen.

Der Pachtpreis soll unter Zugrundelegung des Agrarpreisindex mit Preisbasis Pachtpreis 2017 €200,00 pro Monat, beginnend ab 01.01.2018, betragen. Das Pachtverhältnis soll für die Dauer von mindestens 10 Jahren abgeschlossen werden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7.) KG. Porrau – Ansuchen um Grundkauf:

Herr Harald Baumgartner ist Eigentümer des Grundstückes Parzelle Nr. 15/2 der KG. Porrau und ersucht um Abverkauf einer Teilfläche aus den angrenzenden gemeindeeigenen Parzellen Nr. .88 und .101 (ehemaliges Gemeindehaus) im Ausmaß von ca. 130 m². Der Preis mit €20,- pro m² gestaltet sich deshalb niedriger, weil die Käufer die Einfriedung gegenüber dem öffentlichen Gut (= neue Bushaltestelle an der Landesstraße) herstellen. Dies war ursprünglich in den Plänen für den Straßenbau von der Gemeinde vorgesehen und kann daher seitens der Gemeinde eingespart werden.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge dem Abverkauf zustimmen, der m²-Preis soll €20,00 betragen. Sämtliche Kosten für Vermessung und grundbücherliche Durchführung etc. gehen zu Lasten des Käufers.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.) Ansuchen Jugendförderung:

Die Mittelschulgemeinde Göllersdorf ersucht um Überweisung der Kosten in der Höhe von €670,00 für den in der Zeit von September 2016 bis Juni 2017 durch die Jugend des Sportvereines Göllersdorf benutzten Turnsaales.

VA-Stelle: 1/259-7570

VA-Betrag: €100,00

frei: €100,00

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge dem Sportverein Göllersdorf eine Subvention in der Höhe von €670,00 als Jugendförderung zuzuerkennen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Da im Voranschlag für das Haushaltsjahr 2017 keine Bedeckung gegeben ist, wird dies im Zuge der Erstellung des Nachtragsvoranschlages berücksichtigt.

Der Tennisclub Göllersdorf ersucht um Zuerkennung einer Subvention in der Höhe von €800,00 für die Kinder- und Jugendtennis-Aktivitäten im Kalenderjahr 2017.

VA-Stelle: 1/269-7570

VA-Betrag: €1.000,00

frei: €1.000,00

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge dem Tennisclub Göllersdorf für das Kalenderjahr 2017 eine Subvention in der Höhe von €800,00 zuerkennen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9.) KG. Göllersdorf – Grundbücherliche Durchführung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz:

Aufgrund einer Grundstücksbegradigung in der KG Göllersdorf - Teilungsplan GZ 26261 der Arge Vermessung DI Trappl und DI Wailzer - liegt ein Antrag auf grundbücherliche Durchführung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz vor.

- die Marktgemeinde Göllersdorf, Öffentliches Gut, übergibt an Herrn Martin Müller, 1210 Wien, das Trennstück 1 der Parzelle Nr. 467, KG. Göllersdorf im Ausmaß von 15 m²

Der Kaufpreis in der Höhe von €1.080,00 wurde bereits einbezahlt.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die vorliegende Beurkundung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz genehmigen und unterfertigen sowie die Entlassung aus dem Öffentlichen Gut beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unterfertigt haben: GfGR Poisinger, GR Brandl, GR Engelberger

10.) Resolution – Atommüll – Nein danke:

Aufgrund der bedenklichen Entwicklung in Tschechien rund um die Atommüllendlager-suche, bei der nicht mehr die Sicherheit eines Standortes im Vordergrund steht, sondern nur mehr die Durchsetzbarkeit und dies auch noch in unmittelbarer Nähe zur österreichischen Grenze ersuchen nunmehr mehrere Organisationen gemeinsam mit dem Land Niederösterreich alle Gemeinden, eine Resolution gegen die Errichtung von Atommüllend-lager und gegen den Ausbau der Atomenergie in Tschechien zu beschließen.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge nachstehende Resolution beschließen:

R E S O L U T I O N

des Gemeinderates der Marktgemeinde Göllersdorf
gegen den Ausbau von Atomkraftwerken und gegen die
Errichtung von grenznahen Atommüllendlagern in Tschechien !

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Göllersdorf fordert die Österreichische Bundes-regierung auf, die rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, sowie bilaterale und multilaterale Gespräche mit allen Verantwortungsträgern zu führen, um dem Ausbau be-stehender Atomkraftwerke und der Errichtung eines grenznahen Atommüllendlagers in Tschechien entgegenzuwirken. Der tschechischen Regierung ist klar zu vermitteln, dass solche Schritte seitens der Republik Österreich, entsprechend dem Beschluss des Natio-nalrates vom 13. November 2012, als potentielle Gefährdung des Staatsgebietes und der Bevölkerung Österreichs angesehen und strikt abgelehnt werden. Österreich erklärt, dass es die tschechische Republik und deren Rechtsnachfolger für jegliche Schäden aus beste-henden und eventuellen zusätzlichen Atomanlagen und –aktivitäten als haftbar betrachtet.

Begründung:

Neben dem Ausbau von bestehenden Atomkraftwerken beabsichtigt die Tschechische Republik, ein Atommüllendlager zu errichten. Als Standorte für ein Atommüllendlager stehen in nächster Zeit die Orte: Certovka, Magdalena, Brezovy potok, Horka, Kravi Hora, Cihadlo (nur gut 20 km von der Grenze zum Waldviertel entfernt!) und Hradek zur Diskussion. Auch der Truppenübungsplatz Boletice, der nur 18 Kilometer von der ober-österreichischen Staatsgrenze entfernt liegt, ist noch immer nicht vom Tisch, obwohl er bereits als geologisch ungeeignet eingestuft wurde.

Bei der Suche nach einem Endlager scheint sich zudem eine Entwicklung abzuzeichnen, nach der nicht mehr die Sicherheit eines Standortes im Vordergrund steht, sondern nur mehr die Durchsetzbarkeit!

Auch Bestrebungen, die Mitsprache der betroffenen tschechischen Gemeinden einzu-schränken bzw. völlig zu unterbinden, stellt auch demokratiepolitisch eine höchst be-denkliche Vorgangsweise dar!

Bereits die in unmittelbarer Nähe zu Österreich befindlichen Atomkraftwerke Temelin und Dukovany sind eine ständige Bedrohung für die Gesundheit der österreichischen Be-völkerung. Zudem würde die Gefährdung der eigenen und tschechischen Bevölkerung in Gegenwart und Zukunft vermieden.

In beiden Werken wurden bei den Stresstests Sicherheitsmängel festgestellt. Dass zu diesen gefährlichen Atomkraftwerken auch noch ein grenznahe Atommüllendlager errichtet werden soll, ist nicht zu akzeptieren. Eine zusätzliche Gefährdung der österreichischen Bevölkerung und seiner zukünftigen Generationen durch die riskante und verantwortungslose Technologie der Atomkraft muss unbedingt hintangehalten werden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11.) **ABA Wischathal – Servitutsverträge:**

Die Marktgemeinde Göllersdorf errichtet in der KG. Wischathal einen öffentlichen Schmutzwasserkanal zur Fäkalableitung. Da einige Grundstücke nur über Privatstraßen erreichbar sind, und diese auch an den Schmutzwasserkanal angeschlossen werden, sollen mit nachstehenden Grundbesitzern Dienstbarkeitsbestellungsverträge für die Verlegung des öffentlichen Schmutzwasserkanals auf Privatgrund abgeschlossen werden.

-) Die Ehegatten Helmut und Ingeborg Stietka räumen der Marktgemeinde Göllersdorf im Schenkungswege für die Liegenschaften Parzellen Nr. 407 und 410 , KG. Wischathal, auf die Dauer des Bestandes der Kanalleitung die unentgeltliche Dienstbarkeit des Leitungsrechtes ein.
-) Herr Andreas Rapek räumt der Marktgemeinde Göllersdorf im Schenkungswege für die Liegenschaften Parzellen Nr. 408 und 361/2 , KG. Wischathal, auf die Dauer des Bestandes der Kanalleitung die unentgeltliche Dienstbarkeit des Leitungsrechtes ein.
-) Die Ehegatten Leopold und Maria Lev räumen der Marktgemeinde Göllersdorf im Schenkungswege für die Liegenschaft Parzelle Nr. 416, KG. Wischathal, auf die Dauer des Bestandes der Kanalleitung die unentgeltliche Dienstbarkeit des Leitungsrechtes ein.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die vorliegenden Dienstbarkeitsbestellungsverträge samt Anerkennungserklärungen genehmigen und unterfertigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unterfertigt haben: GfGR Poisinger, GR Brandl, GR Engelberger

12.) **ÖBB – Servitutsvertrag**

Die ÖBB Infrastruktur AG ist an der ÖBB-Strecke Floridsdorf bis Staatsgrenze nächst Retz im Streckenabschnitt Stockerau – Retz, Abschnitt Göllersdorf – Breitenwaida bei Bahn-km 44,115 mit der Errichtung eines Durchlasses und einer Regenwasserableitung (Kanal) in den Göllersbach befasst. Es werden hierfür Teilflächen aus den Grundstücken Parzellen Nr. 606 und 617 EZ 26, KG 09014 Furth in Anspruch genommen.

Der vorliegende Servitutsvertrag umfasst die Duldung der Errichtung des Bestandes, des Betriebes, der Erhaltung und der Erneuerung eines Kanals.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Servitutsvertrag samt Anerkennungserklärung genehmigen und unterfertigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unterfertigt haben: GfGR Poisinger, GR Brandl, GR Engelberger

13.) Gebarungsprüfungsbericht:

Der Vorsitzende bringt dem Gemeinderat nachstehenden Bericht des Prüfungsausschusses der Marktgemeinde Göllersdorf zur Kenntnis:

Am 07.06.2017 führte der Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Göllersdorf eine angesagte Gebarungsprüfung durch.

Die Gegenüberstellung von Istbestand und Sollbestand ergibt die Übereinstimmung. Es war tagfertig gebucht. Die Prüfung umfasste die Haushaltsbelege, Urlaublisten und die Arbeitsaufzeichnungen der Gemeindearbeiter.

14.) Regenwasserkanal Porrau – Honorarangebot:

Vom Ingenieurbüro Denk GmbH. aus Wr. Neudorf liegt ein Honorarangebot für die Regenwasserkanalsanierung in der KG. Porrau vor, welches sich auf €16.166,53 excl. MWSt. beläuft.

Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlich erbrachten Leistungen und Kosten. Allfällig erforderliche Zusatzleistungen werden nach dem tatsächlichen Aufwand zu einem Stundensatz von €85,00 (netto) verrechnet.

VA-Stelle: 5/8519-05100

VA-Betrag: €0,00

frei: €-215.367,45

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge das Ingenieurbüro Denk GmbH. mit den Planungs- und Ausschreibungsarbeiten, sowie technische und kaufmännische Bauaufsicht beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Da im Voranschlag für das Haushaltsjahr 2017 keine Bedeckung gegeben ist, wird dies im Zuge der Erstellung des Nachtragsvoranschlages berücksichtigt.

15.) Bestellung des Sicherheitsgemeinderates:

Mit der Einrichtung eines Sicherheitsgemeinderates /-rätin soll ein Bindeglied zur örtlichen Exekutive geschaffen werden. Es wurde in den einzelnen Fraktionen darüber beraten und werden nachstehende Anträge eingebracht:

Antrag GR Brandl: GR Suttner Ernst

Antrag GfGR Klampfer: GR Heindl Wolfgang

Antrag GfGR Poisinger: GR Suttner Ernst

Aufgrund der vorgeschlagenen Kandidaten für den Sicherheitsgemeinderat stellt GR Holzer Martin den Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl im Gemeinderat.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge die Durchführung einer geheimen Wahl beschließen

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

GfGR Poisinger, GfGR Klampfer und GR Brandl ziehen Ihre Anträge zurück

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Als Stimmzähler werden GR Christine Holzer und GR Michael Raab vom Vorsitzenden bestimmt.

Ergebnis:

abgegebene Stimmen: 20

ungültige Stimmen: 0

gültige Stimmen: 20

11 Stimmen lautend auf GR Wolfgang Heindl

9 Stimmen lautend auf GR Ernst Suttner

Somit ist Hr. GR Wolfgang Heindl zum Sicherheitsgemeinderat bestellt und nimmt über Befragung des Vorsitzenden die Wahl an.

16.) Eingeschränkte Zulassung – Benützung von Gemeindestraßen:

Bestimmte landwirtschaftliche Fahrzeuge (z. B. Mähdrescher, Vollernter, Güllefässer etc.) bedürfen ab einer bestimmten Breite, Höhe oder Länge sowie ab einem bestimmten Gesamtgewicht einer Bewilligung des Landeshauptmannes / -hauptfrau, in dessen örtlichen Wirkungsbereich das Fahrzeug verwendet werden soll. Gemeinden sind in einem solchen Verfahren als Erhalter der Gemeindestraßen anzuhören, d. h. sie können eine Stellungnahme abgeben.

Wird eine pauschale Zustimmungserklärung im Gemeinderat beschlossen, muss seitens

der Gemeinde nicht in jedem Einzelfall eine Zustimmung zur Benützung einer Gemein-
destraße erteilt werden. Dadurch kann eine wesentliche Vereinfachung er-
wirkt werden.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge nachstehende Zustimmungserklärung genehmigen:

Die Marktgemeinde Göllersdorf erteilt die Erlaubnis zur Benutzung sämtlicher im Ge-
meindegebiet gelegener Gemeindestraßen mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen und damit
verbundenen Geräten, welche über eine eingeschränkte Zulassung durch Bescheid
des/der Landeshauptmannes / -hauptfrau von Niederösterreich gemäß § 39 KFG 1967,
BGBl. Nr. 267/1967 i.d.g.F. verfügen.

Alle im Bescheid des/der Landeshauptmannes / -hauptfrau von Niederösterreich erteilten
Auflagen für die Benutzung von Straßen mit öffentlichem Verkehr sind sinngemäß auch
auf Gemeindestraßen einzuhalten.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17.) Übertragung der Seuchenvorsorgeabgabe:

Aufgrund der Aufhebung der Gemeindeverbändeverordnung Seuchenvorsorgeabgabe
werden alle Seuchenvorsorgeabgabeneinhebungsverbände in NÖ aufgelöst.

Somit müssen die Gemeinden ab 01.01.2019 die Vollziehung des Seuchenvorsorgeabga-
begesetzes selbst durchführen oder an einen Abgabeneinhebungsverband übertragen.

Der Gemeindeverband für Abfallwirtschaft und Abgabeneinhebung Hollabrunn beabsich-
tigt eine Änderung der Satzungen durch Erweiterung des Aufgabenbereiches und ist es
erforderlich, einen Gemeinderatsbeschluss herbeizuführen, um die Einhebung der Seu-
chenvorsorgeabgabe auch zukünftig durch den Abfallverband Hollabrunn durchführen zu
können.

Antrag des Vorsitzenden: Der Gemeindevorstand möge nachstehenden Antrag an den
Gemeinderat stellen:

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Göllersdorf überträgt mit Wirksamkeit ab dem 1.
Jänner 2019 die Berechnung, Vorschreibung, Einhebung, zwangsweise Einbringung, Ab-
rechnung und Abführung der Seuchenvorsorgeabgabe an den Gemeindeverband für Ab-
fallwirtschaft und Abgabeneinhebung im Verwaltungsbezirk Hollabrunn.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**18.) KG. Eitzersthal – Grundbücherliche Durchführung gem. § 13 Liegenschafts-
teilungsgesetz:**

Aufgrund einer Grundstücksbereinigung in der KG Eitzersthal - Teilungsplan GZ 25832
der Arge Vermessung DI Trappl und DI Wailzer - liegt ein Antrag auf grundbücherliche
Durchführung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz vor.

Die Marktgemeinde Göllersdorf übergibt an Frau Maria Bauer und Frau Ingeborg Bauer-
Werunsky, beide Eitzersthal, das Trennstück 1 aus der Parzelle Nr. 4 Öffentliches Gut
der KG. Eitzersthal im Ausmaß von 3 m².

Weiters übergibt die Marktgemeinde Göllersdorf an Frau Maria Mitterhauser, Eitzersthal das Trennstück 2 aus der Parzelle Nr. 4 öffentliches Gut der KG. Eitzersthal im Ausmaß von 3 m².

Der Kaufpreis in der Höhe von jeweils €60,00 wurde bereits einbezahlt.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge die vorliegende Beurkundung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz genehmigen, sowie die Entlassung aus dem Öffentlichen Gut beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unterfertigt haben: GfGR Poisinger, GR Brandl, GR Engelberger

19.) KG. Göllersdorf – Vertrag über die Benützung von öffentlichem Wassergut:

Für die Errichtung eines Auslaufbauwerkes rechtsufrig in den Göllersbach zur Ableitung der anfallenden Oberflächenwässer der geplanten Wohn- und Reihenhauanlage auf dem Grundstück Parzelle Nr. 1750/1, KG. Göllersdorf liegt ein Vertrag über die Benützung von öffentlichem Wassergut vor.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Vertrag genehmigen und unterfertigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unterfertigt haben: GfGR Poisinger, GR Brandl, GR Engelberger

20.) KG. Göllersdorf – Genehmigung Kaufvertrag:

Wie vom Gemeinderat beschlossen, wurde mit der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft Waldviertel ein Optionsvertrag für den Erwerb des im Bauland gelegenen Teiles der Liegenschaft Parzelle Nr. 1750/1, KG. Göllersdorf, im Ausmaß von 6.153 m² zum Preis von €65,00 pro m² abgeschlossen.

Nunmehr liegen der diesbezügliche Kaufvertrag sowie eine Treuhandvereinbarung vor.

Sämtliche Kosten für Vertragserrichtung und sonstige Gebühren trägt die Käuferin, die Kosten der Besteuerung und Erstellung der Selbstberechnungserklärung sowie die Gebühren der Lastenfreistellung gehen zu Lasten der Marktgemeinde Göllersdorf.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Kaufvertrag und die Treuhandvereinbarung samt Anerkennungserklärungen genehmigen und unterfertigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Unterfertigt haben: GfGR Poisinger, GR Brandl, GR Engelberger

21.) 1. Nachtragsvoranschlag 2017

Der 1. Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2017 ist in der Zeit vom 23.08.2017 bis 06.09.2017 zur allgemeinen Einsicht aufgelegt.

Die Auflegung war ortsüblich kundgemacht.

Es wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Der 1. Nachtragsvoranschlag 2017 wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht und eingehend erörtert.

Antrag des Gemeindevorstandes:

Der Gemeinderat möge den 1. Nachtragsvoranschlag 2017 mit all seinen Beilagen in vorliegender Form genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

22.) KG. Porrau – Grundbücherliche Durchführung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz:

Aufgrund einer Grundstücksbereinigung in der KG Porrau - Teilungsplan GZ 24950 der Arge Vermessung DI Trappl und DI Wailzer - liegt ein Antrag auf grundbücherliche Durchführung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz vor.

Frau Rosa Maurer aus Porrau übergibt unentgeltlich und die Marktgemeinde Göllersdorf, Öffentliches Gut übernimmt das Trennstück 2 aus der Parzelle Nr. 21/1 der KG. Porrau im Ausmaß von 32 m².

Herr Rudolf Holzer aus Porrau übergibt unentgeltlich und die Marktgemeinde Göllersdorf, Öffentliches Gut übernimmt das Trennstück 7 aus der Parzelle Nr. 12/1 der KG. Porrau im Ausmaß von 2 m².

Die Marktgemeinde Göllersdorf, Öffentliches Gut übergibt unentgeltlich an Frau Rosa Maurer aus Porrau das Trennstück 8 aus der Parzelle Nr. 1090/14 der KG. Porrau im Ausmaß von 11 m².

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge die vorliegende Beurkundung gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz genehmigen, sowie die Entlassung aus dem Öffentlichen Gut beschließen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Josef Reinwein e.h.

Leopold Maurer e.h.